

FPÖ-Initiative zur Sanierung des Gesundheitswesens

Auch aufgrund des ÖVP-Sparkurses sind Salzburgs Spitäler derzeit nur Spitzenreiter bei den Wartezeiten auf Operationen. Daher fordern die Freiheitlichen jetzt eine Initiative des Landtags zur Sanierung des Gesundheitswesens, erklärte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Am 29. Jänner das „System ÖVP“ beenden

FPÖ-Wahlziel in Niederösterreich – und damit auch im Bund – ist in Griffweite

S. 2/3



FPÖ fordert Aufarbeitung des „Corona-Wahnsinns“

Dem Ende der Corona-Gesetze muss die Aufarbeitung der Fehler folgen – S. 4/5

PARLAMENT

Ausschuss-Sabotage

Die ÖVP hat den Korruptions-Untersuchungsausschuss abgewürgt, wie von der FPÖ erwartet. Zwei Tage später startete die Korruptionsstaatsanwaltschaft Erhebungen gegen ÖVP-Klubobmann Wöginger wegen des Verdachts der Anstiftung zum Machtmissbrauch.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Asyl-Rekord

Fast eine Million Asylantragsteller drängte im Vorjahr in die Länder der Europäischen Union. In zwei Wochen tagt der EU-Rat zu dem Thema. Eine Kursvorgabe kam vom neuen Frontex-Chef: Er lehnt einen effektiven Außengrenzschutz mit „Pushbacks“ ab.

S. 8/9

WIEN

Vor dem Kollaps

Das vormals vorbildliche Wiener Gesundheitswesen steht kurz vor dem Kollaps. Wegen Personalmangels müssen immer mehr Betten gesperrt und Operationen verschoben werden. Aber SPÖ und Neos diskutierten auf ihrer Klausur übers Klima.

S. 11

MEDIEN

ORF im ÖVP-Griff

Die Untersuchungsergebnisse zu der ÖVP-dominierten Berichterstattung im Landesstudio Niederösterreich sollen erst nach der Landtagswahl am 29. Jänner veröffentlicht werden. Für die FPÖ ein weiterer Freundschaftsdienst des ORF für die ÖVP.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Am Sonntag entscheiden die Niederösterreicher über einen neuen Landtag und über den Fortbestand der schwarz-grünen Koalition.

Umso aufgeregter sind ÖVP und Medien, da die Umfragen der FPÖ geradezu sensationelle Werte im Kernland „dieser ÖVP“ zutrauen. Am treffendsten skizziert das Satireprojekt „Die Tagespresse“ die Hysterie: „ÖVP nur bei 39%: Droht Niederösterreich bald Demokratie?“

Alte Normalität

Wählerentscheide werden nur mehr als Zeichen einer gefestigten Demokratie anerkannt, wenn „die Guten“ gewinnen. Also jene Gruppierungen, die in moralischer Überheblichkeit die Wurzel allen Übels der Welt in Europa sehen und dessen Bürger büßen sehen wollen.

Alles, was vor 20 Jahren noch „normal“ war, gilt jetzt als reaktionär, rechtsextrem oder Nazi. Alle gesellschaftlichen Werte, die nicht der ins Religiöse erhobenen Ideologie mit kommunistischen Grundpfeilern entsprechen, werden als Ketzerei gebrandmarkt.

Wenn das „Glaubensbekenntnis“ in sich zusammenkracht, siehe Corona-Wahnsinn, dann lässt man Gras drüber wachsen, unter dem Motto: Anders wäre es sicher noch schlimmer gekommen...

Ein immer größer werdender Teil der Österreicher hat genug von dieser Bevormundung zugunsten dieser „Weltrettung“, koste es an Wohlstand, Freiheit und Sicherheit was es wolle. Sie wollen das Österreich zurück, um das uns der Rest Welt einmal als „Insel der Seligen“ benedict hat. Dafür steht die FPÖ.

Am 29. Jänner und bei jeder folgenden Wahl in diesem Land.

Wir stürzen das „System de

Triumphale freiheitliche „Neustart-Tour“ durch Niederösterreich stimmt z

Am kommenden Sonntag wird in Niederösterreich nicht nur ein neuer Landtag gewählt, sondern auch das Schicksal der schwarz-grünen Koalition besiegelt: Fallen die ÖVP-Absolute und der Landeshauptmannsessel, dann ist Schwarz-Grün Geschichte. Stimmung und Zuspruch bei der freiheitlichen „Neustart-Tour“ lassen auf jeden Fall ein historisch bestes Wahlergebnis in Niederösterreich erwarten.

Der freiheitliche Spitzenkandidat Udo Landbauer, FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz und FPÖ-Obmann Herbert Kickl haben letztes Wochenende auf ihrer „Neustart-Tour“ in Maria Enzersdorf, St. Veit an der Triesting und Wilhelmsburg Station gemacht.

Gemessen am Andrang zu und der Stimmung auf den Veranstaltungen, dürfte das Erreichen der jüngsten unglaublichen Umfragerwerte um die 25 Prozent für die Freiheitlichen locker in Schlagweite sein.

„Neustart-Tour“ ein voller Erfolg

„So etwas haben wir noch nicht erlebt: Überall Veranstaltungshallen, die aus allen Nähten platzen, und eine Stimmung, die man nicht in Worte fassen kann. Die „Neustart-Tour“ durch Niederösterreich war ein voller Erfolg!“, freute sich Herbert Kickl über den Zuspruch in der Bevölkerung.

Das bemerkt man auch bei der ÖVP, die wie schon vor fünf Jahren mit einem „Last-Minute-Treffer“ wie der „Liederbuch-Affäre“ den Erfolgskurs der Freiheitlichen zu stoppen versucht. Eine ausgeschiedene FPÖ-Funktionärin wird am Nasenring durch die Medien-

landschaft gezerzt, um eine „Wahlempfehlung“ für die ÖVP-Landeshauptfrau vorzulesen.

Auch den erfolgreichen Asyllandesrat Gottfried Waldhäusl nahm der schwarze Machterhaltungsapparat ins Visier. Das Werben des Feuerwehrmitglieds Waldhäusl um Vorzugsstimmen bei den Florianijüngern wurde zu Unrecht zum „Polit-Skandal“ hochstilisiert. Denn ÖVP-Funktionäre haben – im Gegensatz zu Waldhäusl – gänzlich unverschämt mit Parteilogo und mit Parteinennung ebenfalls die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren umworben. Aber die ÖVP darf ja alles in Niederösterreich.

Schluss mit ÖVP-Absolutismus

Damit soll jetzt Schluss sein. „Es geht am 29. Jänner darum, dass die Niederösterreicher das System der falschen und korrupten ÖVP und ihrer Drahtzieherin Johanna Mikl-Leitner abwählen“, bekräftigte Landbauer einmal mehr das vorrangige Wahlziel der FPÖ: das Ende der absoluten Mehrheit der Volkspartei im Landtag und das Ende ihrer Mehrheit in der Landesregierung.

„Viel Wertvolles und viel Geliebtes geht seit Jahren in Öster-



Einer für alle, alle für einen! - So stehen an der Seite der Freiheitlichen, damit u

reich den Bach hinunter: Unser hart erkämpfter Wohlstand und unsere Freiheit, unsere Sicherheit sind in Gefahr, unsere Werte bedroht“, erinnerte FPÖ-Obmann Herbert Kickl an die Schandtaten der ÖVP in der schwarz-grünen Regierungszusammensetzung.

Er erinnerte daran, dass Mikl-Leitner seinerzeit Sebastian Kurz „erfunden“ habe und nicht nur in Niederösterreich die Fäden ziehe, sondern auch im Bund. Sind doch sämtliche strategischen Posten vom Kanzler abwärts mit Niederösterreichern besetzt.



SPITZE FEDER Die letzte Hoffnung der ÖVP.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUATWW
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

„Der korrupten ÖVP“!

„Unvorsichtlich auf Erreichen aller Wahlziele“



„... die Freiheitlichen an der Seite der Bürger und immer mehr Österreicher unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unsere Werte bewahrt werden.“

FPÖ an der Seite der Bürger

Die ÖVP sei nur noch ein Auslaufmodell, so Kickl, ein Schatten einer vormals christlich-konservativen Partei, die den Menschen im Land komplett den Rücken gekehrt habe. Das bemerken immer mehr Bürger und reagieren darauf, betonte Kickl: „Immer mehr Österreicher stärken uns den Rücken, weil wir Freiheitlichen die Einzigen sind, die ehrlich und geradlinig auf unser Land und die eigene Bevölkerung schauen!“

Der freiheitliche Bundesparteiobmann betonte einmal mehr, dass

einzig die FPÖ ohne Wenn und Aber auf der Seite der Österreicher stehe, wie man schon beim Widerstand gegen das „schwarze Corona-Zwangsregime“ unter Beweis gestellt habe.

Und so appellierte er an die Niederösterreicher: „Wir müssen daher schnellstmöglich das Ruder herumreißen, können aber nur alle gemeinsam die Kehrtwende schaffen. Für uns, für unsere Kinder, für unsere Zukunft, für unser Land! Am 29. Jänner wählen die Niederösterreicher daher die FPÖ, damit Österreich gewinnt!“

KURZ UND BÜNDIG



Kein Ende der CO2-Steuer

„Die CO2-Steuer wird das Klima nicht retten können. Diese Steuer ist einzig und allein ein ideologischer Belastungshammer, an dem „Klimaministerin“ Leonore Gewessler festhält“, kritisierte FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild) anhand einer Anfragebeantwortung der Ministerin. ÖVP und Grüne müssten endlich wieder im Interesse der Österreicher handeln und dafür sorgen, dass sich die Menschen das Leben hierzulande wieder leisten können“, forderte Rauch ein Ende der grünen Belastungsideologie.

Sozialer Wohnbau

Die Aussagen des Direktors des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), Gabriel Felbermayr, in der ORF-„Pressestunde“ belegten die freiheitliche Kritik an der wohnpolitischen Amokfahrt von ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Kocher, erklärte FPÖ-Wohnbausprecher Philipp Schrangl (Bild): „Es kann nicht sein, dass Reiche Sozialwohnungen kaufen und sie dann teuer vermieten! Wir werden den Druck hier weiter aufrechterhalten - im Sinne von 2,5 Millionen Bewohnern des gemeinnützigen Wohnbaus!“



Ausgehungerte Fachhochschulen

Monatelang hat die FPÖ urgiert, dass ÖVP-Wissenschaftsminister Martin Polaschek endlich den Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan für die Studienjahre 2023/24 und folgend vorlegt. „Der nun vorgelegte Plan kommt nicht nur um ein Jahr zu spät, sondern er ist auch inhaltlich ein Skandal“, kritisierte FPÖ-Abgeordneter Axel Kassegger (Bild). Während die Fachhochschulen mit steigenden Kosten kämpfen, komme es erneut zu keiner Inflationsanpassung, da die Sätze erst mit 1. Oktober 2023 um zehn Prozent statt der notwendigen 20 Prozent erhöht werden, erklärte Kassegger.



SPRUCH DER WOCHE

„Es geht um korrupt oder sauber.
Es geht um teuer oder gerecht.
Es geht um ÖVP oder FPÖ.“

Udo Landbauer
23. Jänner 2023

Der Unterschied zwischen zwei Parteien auf den Punkt gebracht, vom FPÖ-Spitzenkandidaten für die NÖ-Landtagswahl.

„... Österreich liegt die ÖVP eine Woche vor der Wahl bei 37 Prozent, SPÖ zeigen Wirkung. Die FPÖ schnellt in die Höhe, die SPÖ profitiert“

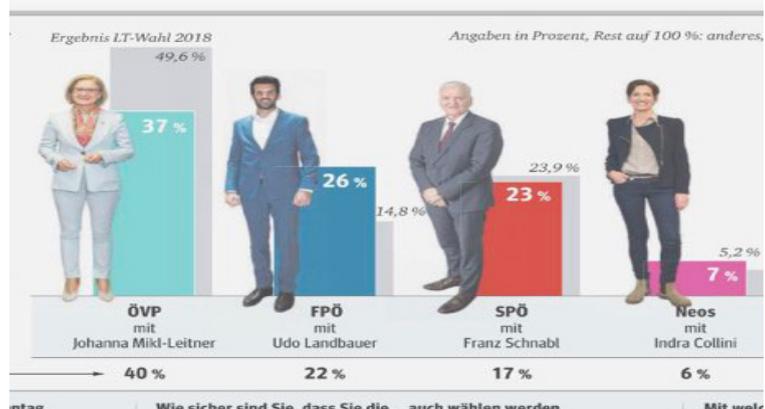


BILD DER WOCHE Die Stimmung in Niederösterreich kippt laut „Kurier“-Sonntagsfrage deutlich in Richtung der Freiheitlichen.

Die falsche Corona-Politik verschärfte die Probleme im Gesundheitssystem

Nach ihrem Bestseller „Raus aus dem Corona-Chaos“ zeigen der FPÖ-Abgeordnete Gerald Hauser und Univ.-Doz. Dr. Hannes Strasser in ihrem neuen Buch „Und die Schwurblen hatten doch recht... DER Corona-Faktencheck“ die Fehler der Corona-Politik und deren Folgen für die Menschen auf – und fordern eine lückenlose Aufarbeitung des Corona-Maßnahmendesasters.

Meine Herren, vor knapp einem Jahr, am 20. Jänner, wurde die Impfpflicht im Nationalrat beschlossen, gegen die Stimmen der FPÖ und auch entgegen ihren Empfehlungen in ihrem ersten Buch. Sehen Sie die nunmehrige Rückkehr zur Normalität auch als Erfolg ihrer Tätigkeit an?

Hauser: Dass die Impfpflicht im vorigen Jahr aufgehoben wurde, war ein großer Erfolg der Freiheitlichen für die Österreicher. Es sind aber noch viele Schritte notwendig, um das, was die schwarz-grüne Bundesregierung den Menschen in die-

sem Land angetan hat, wieder einigermaßen geradezurücken. Denn Restbestände der Corona-Politik, etwa das Covid-Maßnahmen-Gesetz, sind ja noch immer in Kraft und müssen umgehend beseitigt werden.

Trotz der Entwicklung der letzten Monate sind noch immer viele Menschen in den von Politik und Medien geschaffenen „Narrativen“ gefangen. Etwa die Maskenpflicht in Wiener Öffis oder die Warnung vor „neuen Mutationen“.

Strasser: Hier tragen vor allem die Medien schuld, die einfach unreflektiert die Regierungsversprechen der letzten drei Jahre übernommen und sich dadurch vielfach zum Propagandainstrument der Regierung gemacht haben. Denn wenn man sich die fachliche Literatur durchliest, dann kommt man drauf, dass viele dieser Narrative schlichtweg falsch sind. Noch dazu hat man sich ausschließlich auf die Impfung fokussiert, obwohl schon 2021 der Hersteller Pfizer erklärt hatte, dass diese weder vor Ansteckung, noch vor weiterer Infektion schützt. Daraufhin hat die Regierung behauptet, sie schütze auf jeden Fall vor schweren Verläufen.

Hauser: Den Menschen kann man keinen Vorwurf machen, dass sie falsche Versprechen der Regierung, die von Medien

unreflektiert transportiert worden sind, geglaubt haben. Anfangs hieß es noch, dass zwei Impfungen ausreichen würden, zuletzt waren es vier, und es ist die Rede von faktisch jährlichen Auffrischungsimpfungen.

Beschlossen wurden die ganzen Maßnahmen mit der Begründung, das Gesundheitssystem vor dem Kollaps bewahren zu müssen. Jetzt steht das System vor dem Kollaps,

„Wir fordern eine lückenlose Aufklärung und eine juristische Aufarbeitung des Corona-Maßnahmendesasters.“

aber aus ganz anderen Gründen, vor allem dem Personalmangel.

Hauser: Auf die drängende Personalproblematik haben wir Freiheitlichen schon vor Corona hingewiesen, Stichwort: Ärzte- und Pflegepersonalmangel. Aber die Regierung war ganz auf Corona fixiert. So wurden bis Ende 2023 insgesamt 70 Millionen Impfdosen bestellt, wobei derzeit noch 21 Millionen auf Lager liegen und neun Millionen bereits verschenkt wurden. Für dieses Jahr hat Schwarz-Grün sogar weitere 1,2 Milliarden Euro für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie budgetiert – das ist die in Zahlen gegossene falsche Politik. Künftige Generationen werden das

alles zurückbezahlen müssen und damit Maßnahmen finanzieren, die nicht notwendig gewesen wären.

Strasser: Wir erleben aktuell den Kollaps des Gesundheitssystems, herbeigeführt durch den von Politik jahrelang ignorierten Personalmangel, der durch die falschen Pandemie-Maßnahmen wie der Impfpflicht für Ärzte und Pflegekräfte auch noch mitbeschleunigt wurde. In den letzten Jahren hat die Regierung im Zuge der Corona-Politik Unsummen ausgegeben, aber keinen Cent in das Gesund-

heitswesen investiert. Und das ist eine unauslöschbare Schande, die hier begangen wurde.

Hauser: Das ist auch mit ein Grund, weshalb wir jetzt eine lückenlose Aufklärung und eine juristische Aufarbeitung des Corona-Maßnahmendesasters fordern. Denn hier hat die Politik massivste gesundheitliche Schäden und Kollateralschäden in Wirtschaft und Gesellschaft produziert. Aber sie scheint keineswegs etwas daraus gelernt zu haben. Auch bei der „Klimarettung“ erfolgt bereits wieder so eine einseitig ausgerichtete wissenschaftliche Untermauerung der Maßnahmen samt diskreditierung von Andersdenkenden.



Die FPÖ an der Seite der Bürger im K...

Wann kom...

Während die Koalition Gra...

So spektakulär die Corona-Maßnahmen dem Volk aufgezwungen wurden, so leise werden sie jetzt stückweise zurückgenommen. An einer Aufarbeitung der Maßnahmen sowie einer echten Registrierung der Impf-Folgen sind die Koalition und ihre rot-pinken Steigbügelhalter nicht interessiert. Auch das wird die FPÖ übernehmen, wie schon den Kampf gegen den Impfwang.

Am 17. Jänner 2022 wurde im Gesundheitsausschuss des Parlaments die Impfpflicht beschlossen, drei Tage später im Plenum des Nationalrats. Einzig die FPÖ verweigerte in beiden Abstimmungen der schwarz-grünen Koalition die Gefolgschaft zu dieser in Europa einzigartigen Zwangsmaßnahme.

Jetzt, kaum ein Jahr später, ist der Impfwang Geschichte, Gesundheitsminister Johannes Rauch will auch alle gesetzlichen Relikte im Laufe des Jahres abschaffen – was die Freiheitlichen schon seit Monaten fordern.

Salami-Taktik des Vergessens

„Ich weiß nicht, warum die Regierung auf eine Salami-Taktik setzt. Das Aus für alle diese unsin-



Kampf um ihre Grund- und Freiheitsrechte in der Coronakrise. Jetzt verlangt die FPÖ eine Aufarbeitung der Folgen der „Corona-Maßnahmen“.

„Mittelt zumindest eine Entschuldigung?“

Was über die „Jahre der Schande“ wachsen lassen will, fordert FPÖ eine lückenlose Aufklärung

nigen Gesetze könnten wir schon in der nächsten Nationalratssitzung beschließen“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl diese halbherzige Korrektur der Koalition.

Kickl erinnerte auch daran, dass die Nichtumsetzung – und die nunmehrige Abschaffung – des Impfpinzangs nicht aus einem Lernprozess der Regierung resultierte, sondern, ganz im Gegenteil, von tausenden Bürgern herbeigeführt wurde, die an der Seite der Freiheitlichen monatelang gegen das Corona-Zwangsregime von Schwarz-Grün auf die Straße gegangen sind.

Die Gründe für diesen nunmehrigen „taktischen Rückzug“ der Koalition ortet Kickl in der Angst vor einem Wahldesaster bei den kommenden drei Landtagswahlen. „Jetzt stehen Wahlen vor der Tür, und ÖVP und Grüne versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Sie wollen einfach nur Gras über ihre falsche Politik wachsen lassen. Das werden wir aber nicht zulassen“, betonte Kickl.

Er kündigte an, dass die Freiheitlichen alles in ihrer Macht stehende unternehmen werden, um eine lückenlose Aufklärung dieses größten Anschlags auf die Grund- und

Freiheitsrechte in der Zweiten Republik unter dem Deckmantel der „Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems“ zu erwirken.

Aufklärung und Aufarbeitung

„Wir werden daher an das alles erinnern, die Aufklärung vorantreiben und den Opfern dieser verfehlten Politik mit all ihren völlig überschießenden Zwangsmaßnahmen eine Stimme geben. Das Buch, das hier präsentiert wird, ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung“, erklärte Kickl bei der Vorstellung des zweiten Buches des Autoren-Duos Gerald Hauser

und Hannes Strasser zum „Corona-Wahnsinn“.

Dass der Politik in Österreich wie Deutschland nichts an der Aufklärung und einer wissenschaftlichen Untersuchung der Impfebenenwirkungen bis hin zu den tragischen Todesfällen liege, zeige das Vorgehen gegen alle Einmahner solcher Maßnahmen, betonte Hauser: „Täglich treffe ich Menschen, die mich genau darin bestärken. Sie beklagen, dass ihnen Lebenszeit gestohlen worden sei. Auch der ‚Lockdown für Ungeimpfte‘ darf nicht vergessen werden. Es ist höchste Zeit, dass die Verantwort-

ung geklärt wird und die dafür verantwortlichen Politiker sich bei der Bevölkerung entschuldigen!“

„Unerklärliche“ Phänomene

Mit „Verwunderung“ wird derzeit in den Ländern mit hohen Impfquoten eine überhöhte Sterblichkeit – zum zweiten Mal in Folge – festgestellt. Im Vorjahr wurden in Österreich laut Statistik Austria mehr als 90.000 Sterbefälle verzeichnet und damit fast genauso viele wie in den ersten beiden Pandemie Jahren, als es noch keine „Schutzimpfung“ gab oder erst ein kleiner Bevölkerungs-Teil „immunisiert“ worden ist.

Und worauf wird das zurückgeführt? Nein, nicht auf Impfung, Lockdowns oder Maskenpflicht, sondern darauf, dass das Covid-Virus das Immunsystem „für zumindest einige Zeit schwächen“ könnte.

Wahrscheinlich ist das Virus auch für die dramatische Zunahme von plötzlichem Herzstillstand mit Todesfolge bei Amateur- und Profisportlern verantwortlich: Wurden in den Vor-Corona-Jahren zwischen fünf und 66 Fälle registriert, so schnellte diese auf 1.147 verstorbene Athleten im Zeitraum 2021 bis 2022 oder 574 pro Jahr hoch.



Der Impfpinzang fällt. Wo bleibt die Aufarbeitung der Impfschäden?



Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Der Jahresauftakt war für die FPÖ ein guter. Auf der einen Seite war es das Neujahrstreffen das hervorragend besucht war, auf der anderen Seite der Auftritt unseres Herbert Kickl bei Armin Wolf in der ZIB 2. Letzterer hinterließ allerdings auch einen schalen Nachgeschmack zur Haltung des ORF.

ORF gegen Österreich

Auffallend war die Strategie, der FPÖ rechtswidrige Ansichten umzuhängen. Da ist zunächst die Behauptung die Vorstellung einer „Festung Österreich“ sei wegen diverser internationaler Verträge nicht gestattet. Unerwähnt blieb, dass Unmögliches niemals Inhalt eines Vertrages sein kann. Was Österreich derzeit zugemutet wird, das Leid der restlichen Welt aufnehmen zu müssen, ist faktisch unmöglich.

Dass in Verträgen keine Limits hinsichtlich der Aufnahme von nichteingeladenen Fremden vorsehen, kann nicht zu Lasten unserer Bevölkerung gehen. Solch ein Limit gibt es schon deswegen nicht, weil das Asylrecht nie als Rechtsgrundlage für eine Völkerwanderung gedacht war.

Amüsant war der Versuch des ORF im Absingen der Bundeshymne in der alten Fassung eine Gesetzwidrigkeit zu sehen. Ich weiß nicht, ob es Staaten gibt, in denen das Singen einer Hymne strafbewährt ist, außer vielleicht in Nordkorea.

Fakt ist, dass die Bundeshymne im Bundesgesetzblatt abgebildet ist, jedoch ohne rechtliche Konsequenz oder Sanktion, sollte jemand zur alten Fassung greifen – was die überwiegende Mehrheit übrigens tut. Die FPÖ weißt auch in dieser Causa die Mehrheit der Österreicher hinter sich.

INNENPOLITIK

Kontrolle für Verfassungsschutz

Eine unabhängige Kontrollkommission soll dem Staatsschutz- und Nachrichtendienstgesetz (SNG) entsprechend die Kontrolle der seit einem Jahr bestehenden Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) sicherstellen. Dies haben alle Parteien in der letzten Sitzung des Innenausschusses beschlossen. Die Kommission soll nunmehr aus fünf – anstatt, wie von der Koalition vorgeschlagen, bisher aus drei – Mitgliedern bestehen.



INNENPOLITIK

Gefährliche „Aktivisten“

Die selbsternannte „Letzte Generation“ soll vom Verfassungsschutz beobachtet werden. FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer erläuterte den Antrag der Freiheitlichen damit, dass dies aufgrund der immer radikaleren und gefährlicheren Aktionen der „Klima-Aktivisten“ notwendig geworden sei.

Schwarz-Grün lässt die Gemeinden verzweifeln

Zur Umsetzung der „Investitionsmilliarde“ fehlt Kommunen das Geld

Die Liquidität von Gemeinden ist 2023 stark gefährdet, ihnen steht das Wasser bis zum Hals. So lautet das Resümee der Freiheitlichen zur WIFO-Prognose zu den Finanzen der österreichischen Gemeinden.

Die Folgen des schwarz-grünen Corona-Missmanagements auf Bundesebene, des Ukraine-Kriegs und der massiven Teuerungswelle sorgen seit längerer Zeit für eine besonders angespannte Situation in den Gemeinden, erläuterte Erwin Angerer, FPÖ-Wirtschaftssprecher und Bürgermeister der Kärntner Gemeinde Mühlendorf, die Prognose.

Dieser fügte er gleich eine Warnung hinzu: „Die viel zu hohe Inflation und die Teuerungswelle werden daher in den nächsten Monaten



Angerer: Gemeinden schlittern in ein finanzielles Desaster.

die Kosten für kommunale Leistungen noch weiter ansteigen lassen – somit können sehr viele Gemeinden notwendige Investitionen nicht

mehr finanzieren.“ Das treffe auch auf das „Kommunale Investitionsprogramm“ zu, von dem die Hälfte ausschließlich für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz verwendet werden dürfe. „Das können die Gemeinden einfach nicht stemmen, weshalb der Großteil des Geldes wohl liegenbleiben wird“, betonte Angerer.

Gemeinden im Finanz-Dilemma

Das finanzielle Dilemma der Gemeinden resultiert aus dem durch die hohen Energiepreise explodierten Verwaltungs- und Betriebsaufwand für Schulen, Pflegeeinrichtungen oder Kinderbetreuung, die inflationsbedingt weiter steigen werden, während die Einnahmen aufgrund der sinkenden Ertragsteile einbrechen würden.

Grüne Einladung zum Sozialbetrug

Laut einem Bericht des „Standard“ zeigte der grüne Sozialminister Johannes Rauch kein „Verständnis“ für den Aufwand, der



FPÖ-NEZ

ausländischen Staatsbürgern zur Erlangung einer Sozialversicherungskarte „aufgebürdet“ werde: Sie müssen ihre Identität bei der Fremdenpolizei nachweisen und ein Passbild abgeben.

Laut „Standard“ möchte Rauch den Zugang zum österreichischen Sozialsystem „erleichtern“ – sehr zur Verwunderung von FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch (Bild): „Dieser Behördengang ist deshalb sinnvoll, da Missbrauch unseres Sozialsystems in einigen Parallelgesellschaften in unserem Land bereits seit Langem gang und gäbe ist und gestoppt werden müsste.“

Angesichts der nicht endenden Masseneinwanderung sei eine Aufweichung der geltenden Regelung nicht nur unverständlich, sondern ein gezielter Anschlag auf das Sozialsystem, warnte Belakowitsch: „In unserem Land bricht die medizinische Versorgung durch schwarz-grüne Einsparungen und menschenfeindliche Arbeitsbedingungen zusammen, die Bevölkerung verarmt, aber das ‚grüne Minderheitenprogramm‘ möchte die letzten Barrieren aufweichen und Österreich zu einer ‚Hollywoodschaukel‘ für Menschen aus aller Herren Länder machen.“

ÖVP verhindert Aufklärung mit aller Gewalt

Nächste Ermittlungen gegen ÖVP-Granden – und die Partei würgte den U-Ausschuss ab

In der letztwöchigen Geschäftsordnungsausschusssitzung verhinderte die ÖVP durch Abwesenheit weitere Befragungen im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss. Ein „demokratiepolitisches Armutszeugnis“ der ÖVP, urteilte FPÖ-Fraktionsführer im U-Ausschuss, Christian Hafenecker.

Er habe diesen Vorstoß der ÖVP eigentlich schon erwartet, erklärte Hafenecker nach der geplatzten Geschäftsordnungsausschusssitzung. Verwundert habe ihn nur noch die Kaltschnäuzigkeit der ÖVP im Umgang mit diesem parlamentarischen Kontrollinstrument: „Der kafkaeske Vorschlag des Vorsitzenden Wolfgang Sobotka, einen Befragungstag am letztmöglichen Tag, dem 30. Jänner 2023, abzuhalten, ist eine Verhöhnung des wichtigsten Aufklärungsinstrumentes der Opposition.“

Ein Abwürgen mit Ansage

Seit Beschluss der Verlängerung des U-Ausschusses am 15. Dezember 2022 hätte Sobotka handeln

und einen Arbeitsplan vorlegen müssen. Aber knapp einen Monat später kam nur dieser indiskutable Vorschlag, empörte sich der FPÖ-Abgeordnete: „Wenn das der neue Stil ist, den Sobotka ins neu renovierte Parlament einziehen lassen will, dann ist das ein Armutszeichen für die ÖVP und die Demokratie in Österreich.“

Keine zwei Tage später gab die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bekannt, dass sie gegen den ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling wegen Amtsmissbrauchs und gegen den aktuellen ÖVP-Klubobmann August Wöginger wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch ermittelt. „Die Ermittlungen ge-



Hafenecker: Demokratiepolitisches Armutszeugnis der ÖVP.

gen Schelling und Wöginger ordnen sich perfekt in die Reihe an Ermittlungen gegen mittlerweile unzählige ÖVP-Granden ein“, bemerkte Hafenecker dazu. Daher sei es umso wichtiger, den Untersuchungsausschuss weiterzuführen.

„Wenn es in der ÖVP noch einen Funken an Anstand und Demokratieverständnis gibt, stimmt sie unserem Antrag auf Verlängerung des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses zu“, erklärte der FPÖ-Abgeordnete.

ÖVP ohne Skrupel im Umgang mit fremdem Geld

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz zeigte sich nur noch mäßig erschüttert über einen neuerlichen Vorwurf gegen die ÖVP, den Unterschied zwischen eigenem und fremdem Geld nicht mehr erkennen zu können.

So hat die Wirtschaftskammer seit 2018 für ihren Generalsekretär und ÖVP-Abgeordneten Karlheinz Kopf 250.000 Euro an Mitgliedsbeiträgen in die Hand genommen, um diesem eine Sonderpension gewähren zu können – obwohl es eine solche in der Kammer seit 2012 eigentlich nicht mehr geben dürfte.

„Es überrascht nicht mehr, wissen wir doch, dass Korruption und Machtmissbrauch nicht nur die DNA der ÖVP Niederösterreich, sondern auch jene der Schwarzen im äußersten Westen Österreichs bilden“, bemerkte Schnedlitz zu der Causa.

Die Sache stinke jedenfalls trotz gegenteiliger Beteuerungen der Wirtschaftskammerspitze beträchtlich, betonte der FPÖ-Generalsekretär: „Wenn das Manöver, wie



Schnedlitz: Skrupellose ÖVP.

Kopf und Präsident Harald Mahrer betuern, nicht ungesetzlich war, stellt sich die Frage, warum dennoch 2021 die gesamte Summe zurückbezahlt worden ist.“

Er warte gespannt auf weitere Details, welche ÖVP-Prominenten sich noch unter den angeblich weiteren zehn Begünstigten dieses Luxusspensionsskandals der Wirtschaftskammer befinden: „Ich fordere Kopf und Mahrer zum Rücktritt auf, wohl wissend, dass der Rücktritt sämtlicher korruptionsverdächtiger und sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichernder ÖVPLer einer Selbstauflösung der Partei gleichkommen würde.“

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Asyl: Über 91.000 in Grundversorgung

Mit Stand 1. November 2022 wurden 91.574 Fremde registriert, die die Grundversorgung erhalten haben. Das gab vor kurzem Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) aufgrund einer Anfrage von Kärntens FPÖ-Landeschef Erwin Angerer bekannt. 56.464 davon sind Staatsangehörige aus der Ukraine. Allerdings haben nur 163 einen Asylantrag gestellt. Die große Mehrheit der Ukrainer wird daher nicht als Asylwerber geführt. Somit befanden sich im November 2022 offiziell „nur“ 20.616 Asylwerber in der Grundversorgung. Die restlichen Anspruchsberechtigten sind etwa subsidiär schutzberechtigt, asylberechtigt oder Fremde, die nicht abgeschoben werden können. Übrigens, die Bundesregierung bastelt zwar an einem Rücknahmeabkommen mit Indien. Jedoch könnten gerade einmal 48 Inder mit rechtskräftig negativem Asylbescheid abgeschoben werden.



Klima-Kleber: 2022 gab es 263 Anzeigen

2022 gab es 32 Polizeieinsätze aufgrund von Straßenblockaden durch Klima-Kleber. Insgesamt gab es 263 Anzeigen. Das bestätigte das Innenministerium dem freiheitlichen Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer. 29 Einsätze waren in Wien notwendig. Amesbauer wollte außerdem die Anzahl der Einsatzkräfte samt der Kosten wissen. Das Ministerium meinte, dass dies aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes nicht genannt werden könne. Wochen zuvor gab man sich noch bei FPÖ-Politiker Walter Rauch auskunftsfreudig. 46 Polizisten waren allein bei einem Einsatz auf der Wiener Ringstraße notwendig. Kosten entstanden dabei in Höhe von 2.228,70 Euro.



Harald Vilimsky

Das Vetorecht in der EU muss bleiben

Geht es nach Brüssel, muss die EU weiter wachsen. Derzeit stehen mit Albanien, Bosnien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und der Ukraine acht Länder auf der Liste der Beitrittskandidaten. Zwei weitere – Georgien und Kosovo – werden als potentielle Beitrittskandidaten geführt. Würden diese zehn Länder tatsächlich alle beitreten, bestünde die Union aus 37, statt wie jetzt 27 Ländern.

Das verwendet man nun als Argument, um das Einstimmig-

keitsprinzip auch in sensiblen Bereichen abzuschaffen, wo dies durch den Vertrag von Lissabon nicht ohnehin schon geschehen ist – also bei der Außen- und Sicherheitspolitik oder den EU-Finanzien. Ein einzelnes Land soll mit seinem Veto keine Entscheidung mehr blockieren können.

Das ist es, worauf die beiden „Großen“, Deutschland und Frankreich, hinauswollen, wie der deutsche Kanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron in einem Gastbeitrag für die FAZ „vorschrieben“. Damit könnten Länder wie Österreich bei Entscheidungen von den „Großen“ überrollt werden. Die nationale Souveränität würde so endgültig zur Fiktion verkommen. Die ÖVP unterstützt diesen Angriff auf unsere Souveränität offensichtlich. Schon im vergangenen Herbst hatte EU-Ministerin Edtstadler gemeint, man müsse die Einstimmigkeit in manchen Bereichen überdenken. Mit der FPÖ wird es das jedenfalls nicht geben.

Nach Trump hat auch Joe Biden sein „Akten-Gate“

Jetzt kommen die linken Verschwörungstheoretiker ins Wanken: Ihre Lichtgestalt Joe Biden hat die gleiche Verfehlung begangen wie sein Vorgänger Donald Trump und hat Geheimakten aus seiner Amtszeit mitgehen lassen.

Beachtenswert ist jedoch die unterschiedliche Behandlung der beiden durch die Behörden, also Justizministerium und FBI.

Zur Erinnerung: Anfang Jänner 2022 sicherte das FBI nach einer Beschwerde des Nationalarchivs einen Raum mit Akten in Trumps Anwesen und versiegelte dessen Tür – um diese dann unter großer medialer Begleitung im August aufzubrechen, obwohl das FBI den einzigen Schlüssel für den Raum im Jänner an sich genommen hatte.

Bidens Anwälte entdeckten Anfang November bei der Auflösung eines Büros, das Biden während seiner Vizepräsidentschaft bis 2017 (!) genutzt hatte, Geheimakten und meldeten dies den Behörden. Weil am 8. November aber wichtige

Wahlen zu Senat und Kongress anstanden, wurde dieser Fund erst jetzt, Anfang Jänner, publik.

Auch in Bidens Privathaus wurden brisante Dokumente aus seiner Amtszeit 2009 bis 2017 gefunden, in der Garage. Dieses Anwesen hatte Biden genau zu der Zeit an seinen Sohn Hunter Biden um schlappe 50.000 Dollar pro Monat vermietet, als dieser seine fragwürdigen Millionen-Geschäfte mit chinesischen und ukrainischen Firmen abgewickelt hat.



Biden in Bedrängnis.

Neuer EU-Kurs zur Frontex-Chef gegen

Eine Million Asylwerber gelangte 2022 in die EU –

In 14 Tagen beraten sich die Regierungschefs der EU zum Dauerbrenner „Asyl und Einwanderung“. Die Zeit drängt, wie die Zahlen der EU-Kommission zur Asyl-Einwanderung 2022 belegen: Knapp eine Million Menschen beantragten „Schutz vor politischer Verfolgung“. Ein schlechtes Omen für Österreich bedeutet die Bestellung des neuen Frontex-Chefs, der „Pushbacks“ prinzipiell ablehnt und den Asyl- und „Seenotretter“-NGOs eine „offene Tür“ anbot.

Seit Jahren sucht man in Brüssel nach Wegen, um die Migration nach Europa einzudämmen oder wenigstens zu lenken. Das Ergebnis dieser Untätigkeit manifestiert sich im vertraulichen „Situationsbericht zur Migration und Flüchtlingslage“ der EU-Kommission, den die Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlichte.

Dementsprechend ist die Zahl der in der EU 2022 gestellten Asylanträge um fast die Hälfte angestiegen. Insgesamt 923.991 Menschen beanspruchten in den 27 Mitgliedstaaten der Union politischen Schutz. Ein Plus von 46,5 Prozent gegenüber 2021.

Österreich ist Asyl-Spitzenreiter

An den Detailzahlen sieht man die unterschiedliche Entwicklung: Die Liste der „beliebtesten“ Zielländer wird von Deutschland mit 226.467 Anträgen angeführt, gefolgt von Frankreich (154.597), Spanien (116.952) – und dann kommt schon Österreich (108.490). Damit ist unser Land gemessen an der Bevölkerungszahl der Hauptleidtragende der unkontrollierten Masseneinwanderung.

„Die schwarz-grüne Koalition, unter der Hauptverantwortung von ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer und ÖVP-Innenminister Gerhard Karner, hat Österreich zum Zielland Nummer eins der neuen Völkerwanderung gemacht“, bemerkte FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer zu dem von Brüssel ausgestellten „Vorzugsschülerzeugnis des Versagens“.

Damit werde auch die Ausrede von Nehammer, Karner und Co., wonach die exorbitant hohen Zahlen illegaler Einwanderer in Österreich eine Naturgewalt sei, als Märchen entlarvt, betonte Amesbauer: „In Wahrheit sind die Prob-

leme weitestgehend hausgemacht. Schwarz-Grün hat trotz härtester Konkurrenz der bunten Koalition in Berlin Österreich zum Magnet für Sozialstaats-Glücksritter aus aller Welt gemacht.“

Hohe Kosten, keine Erfolge

Die Asylwerberzahlen stellen Nehammer und Karner auch ein verheerendes Zeugnis zu ihrem „Erfolg“ beim EU-Außengrenzen-Tourismus in Südosteuropa aus. Zur Zeit befinden sich die beiden, so Amesbauer, auf „Sightseeing-Tour“ in Bulgarien, einem der Einfallstore der illegalen Migration aus der Türkei. Jener Türkei, der die EU unter Angela Merkel Millionen geschenkt hat, damit sie die Einwanderung aus ihrem Staatsgebiet stoppt.

Zu den Reisekosten der beiden kommen noch die Kosten für die „Grenzschutzhilfe“. Die Einsätze österreichischer Polizisten in Ungarn und Serbien kosteten bisher knapp 5,5 Millionen Euro an Personalkosten. Zusätzlich fielen noch Sachkosten für Fahrzeuge, Treib-



Zwei entschlossene Gegner von Rück Frontex-Chef Hans Leijten und EU-In-

Asyleinwanderung: „Pushbacks“

Neuer Frontex-Chef lehnt effektiven Grenzschutz ab



Trotz erneuter einer Million „Asylzuwanderer“ ist man in Brüssel nicht bereit, die Außengrenzen der Union besser zu schützen.

stoff, Unterbringung etc. um weitere 2,88 Millionen Euro an.

Frontex als Empfangskomitee?

Dass von der EU wenig Hilfe in Sachen Grenzschutz zu erwarten ist, zeigt sich in der Person des neu bestellten Chefs der „Grenzschutzagentur“ Frontex. Unter dem designierten Exekutivdirektor, dem niederländischen Militärpolizisten Hans Leijtens, droht ein weiterer Rückzug der EU-Grenzschutzagentur, die doch personell gestärkt werden soll. Fraglich bleibt, was die 10.000 Frontex-Reservisten ein-

gentlich tun sollen, wenn legitimer EU-Außengrenzschutz systematisch mit „Pushbacks“ in Verbindung gebracht wird. Denn diese lehnt Leijtens prinzipiell ab: „Ich bin dafür verantwortlich, dass meine Leute sich nicht an etwas beteiligen, das ‚Pushback‘ genannt wird.“

Damit stellt sich die Frage, was die Frontex-Grenzschützer eigentlich machen sollen. Angesichts der Erklärungen des neuen Direktors ist zu befürchten, dass sie zum Organ der Kontrolle, Überwachung und Einhegung nationaler Grenzschützer werden. Deren Arbeit würde aber so nicht unterstützt, sondern eingeschränkt.

Verstörend wirkte auch Leijtens „Verbrüderungsangebot“ an die NGOs, die im Prinzip die Arbeit der Schlepper vollenden, indem sie illegale in die EU hereinlotsen. „Ich möchte die Türen öffnen. Nichtregierungsorganisationen sind mehr als willkommen, ihre Informationen an uns und mich zu geben. Und ich versichere ihnen, sie bekommen eine Antwort auf ihre Fragen“, kündigte der designierte Frontex-Chef an. Was auf Europa mit dieser „Politik der offenen Türen“ zukommt, kann man sich an der letztjährigen Rekord-Masseneinwanderung ausmalen.



weisungen illegaler Einwanderer: Innenkommissarin Ylva Johansson.

KURZ UND BÜNDIG

Korruptes Europaparlament

Vielleicht wird die Brüsseler Untersuchung über die Korruption im Dienste Katar und Marokkos auch Licht in das Schweigen des Europäischen Parlaments über die Verfolgung von Christen bringen. Das Europäische Parlament stimmte letztes Jahr für eine Entschließung über die Verfolgung religiöser Minderheiten. Allerdings nicht, ohne diesen Satz über Christen zu streichen: „Es wird geschätzt, dass Christen die Mehrheit aller religiös Verfolgten ausmachen und dass 340 Millionen Christen weltweit ein hohes Maß an Verfolgung und Diskriminierung erleiden, wobei allein im Jahr 2020 mehr als 4.500 Christen aufgrund ihrer Religion getötet wurden.“



Foto: Flickr / Dominico de Vito/Ansa (CC BY-SA 2.0)

Keine E-Autos an Bord

Als erste Reederei in Europa hat die norwegische „Havila Kystruten“ laut der Fachzeitung „Auto Bild“ bekanntgegeben, dass Elektro-, Hybrid- und Wasserstoffautos an Bord ihrer Schiffe ab jetzt verboten sind. Die Reederei betreibt die bei Touristen besonders beliebte „Postschiff-Route“ entlang der Küste von Kirkenes nach Bergen. „Havila Kystruten“ gab dazu an, dass ein Brand an Bord einen besonders aufwendigen Rettungseinsatz nach sich ziehen würde, weil E-Autos schwerer zu löschen seien und ein Mehrfaches an Löschwasser benötigt wird, um den brennenden Akku zu kühlen.



Foto: NZZ

Mafia saht EU-Millionen bei „grüner Energie“ ab

Mit Matteo Messina Denaro ist einer der großen Mafiapaten endlich ins Netz der italienischen Justiz gegangen. Doch der historische Tag hat auch neuerlich den Blick auf die Finanzierung der Mafia gelenkt. Ob bei Müllentsorgung, Schlepperwesen oder Energiewende: Die Mafia hat in den letzten Jahren ihre Geldströme und Investitionen in Branchen diversifiziert, die von Brüssel mit Milliarden gefördert werden.

Die Tageszeitung „Il Giornale“ fand dabei einen besonders lukrativen Sektor: die Windenergie. Sie verweist dabei auf Vito Nicastrì, in Sizilien als „König des Windes“ bekannt. Nicastrì hat massiv Mafiagelder in die Ökobranche umgelenkt – bis sich die Anti-Mafia-Zentrale einschaltete. In einer der bisher größten Beschlagnahmungen konfiszierten die Behörden 1,3 Milliarden Euro.

Nicastrì war zu diesem Zeitpunkt Italiens größter Windkraft- und Solarenergie-Unternehmer. Der Sizi-

lianer habe dem engeren Kreis um Denaro angehört.

Auch Salvatore Angelo, bei dem von den Behörden sieben Millionen Euro sichergestellt wurden, hatte für die sizilianische Mafia Millionen in die „Erneuerbaren Energien“ gesteckt. Laut der Tageszeitung „Quotidiano del Sud“ handelt es sich um eine Allianz zwischen der Cosa Nostra und der kalabrischen 'Ndrangheta, denn auch in Kalabrien finanzierte sich der Mafia-Ableger vor allem aus „grüner Energie“.



Windenergie: Mafia kassiert mit.

LESER AM WORT



Mirgantenkriminalität

Man kann sich nicht des Ein-drucks erwehren, dass sich in so manche Redaktionsstuben Lohn-schreiber von ÖVP und Grünen etabliert haben. Man verschlei-ert gekonnt die Migrantenkriminali-tät wie jene kriminellen Täter die Kinderpornographie konsumie-ren. Diese ideologische Schief-lage der Systemmedien sieht inzwi-schen ein Blinder mit Krückstock. Der Anteil von kriminellen Migranten ist überproportional hoch. Doch zu deren brutalen Taten herrscht Schweigen im Walde. Unsere inne-re Sicherheit befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Damit es die Bürger nicht merken, täuschen und tricksen die Medien wo es nur geht und wo sie nur können. Damit

muss Schluss sein. Die Herkunft von Straftätern muss offengelegt und darf nicht länger verniedlicht werden. Die Österreicher haben ein Recht, zu erfahren, wie groß die Bedrohungslage ist. Wenn ÖVP und Grüne nicht in der Lage sind, für Recht und Ordnung zu sorgen, dann empfehle ich den Rücktritt und den Weg für Neuwahlen freizu-machen.

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz

Geldverschwendung

Schulden machen ist eine Art Sport geworden, mit dem sich die Staaten über Wasser halten. Wird das Geld zweckmäßig ausgegeben? Ich für mein Dafürhalten sehe eine Menge Menschen und Fir-men, die sich damit bereichern, da es keinerlei Kontrolle gibt, und die Schulden führen zu Wohlstands-verlusten. Wirtschaften und Haus-halten wird nur bei anstehenden Wahlen ins Auge gefasst, anson-sten wird Steuergeld verschleudert, was das Zeug hält, siehe „Coro-na-Hilfsgelder“. Auf der anderen Seite ist die CO2-Steuer nur eine Schröpfungsmaßnahme mit einer grünen Überschrift gegenüber der Bevölkerung. Jetzt wäre es höchst an der Zeit, sich von derartigen Denkstrukturen zu verabschieden, ansonsten geraten wir immer mehr in die Schuldenfalle. Die soziale Si-cherheit nimmt ab, die Kriminalität hingegen stark zu, wie man schon

sehen kann. Also packen wir's an und trauen uns einen eigenen Weg zu. Bei den kommenden Wahlen können wir das bestimmen.

Frank Christian, Aurolzmünster



Alles geht, außer „normal“

Wie verlogen das sich selbst als „Zivilgesellschaft“ bezeichnende links-grüne Gesellschaftsmodell ist, zeigt der „Teichtmeister-Skan-dal“. Für mich ist der Herr ein Opfer der „neuen Sittenwächter“, die seit Jahren die Gesellschaft zur „Frühsexualisierung“ im Kinder-gartenalter sowie zur Verherrlichung von Schwulen-, Lesben- und Transsexualität zwingen möchte. Jede Art von Perversität wird als normal dargestellt – auch Pädophi-le. Dass solche Aktionen einen negativen Einfluß auf manche Men-schen haben, ist anzunehmen. Eine der Forderungen der Grünen war schon vor Jahren die Straffreiheit für Pädophile. Es hat sich damals kaum ein linker Politiker dagegen ausgesprochen, und die meisten

Medien haben dazu schamhaft ge-schwiegen.

Stephan Pestitschek Strasshof

Endlosprobleme

In Wien steigen die Gewalttaten, und auch sonst gibt es sehr viele Probleme und Skandale. Aber dem SPÖ-Bürgermeister Michael Lud-wig ist nur die sinnlose Masken-pflicht in den Öffis wichtig. Zu al-lem anderen schweigt er. Sehr viele Probleme und Skandale werden unter den Teppich gekehrt, auch die gesteuerten Medien berichten nicht viel darüber. Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Koalition im Wiener Rathaus sollte zurücktreten.

Ernst Pitlik, Wien

Klima-Chaoten

Während in Deutschland der skurrilen Klimasekte schon saftige Strafen für die Nötigung an-derer Verkehrsteilnehmer drohen, springen nun in Österreich me-dienwirksam einige Wissenschaf-ter den „Klima-Klebern“ bei. Die Mehrheit der Bevölkerung aller-dings mag diese selbstherrlichen Blockade-Klima-Chaoten und ihre Unterstützer nicht. Selbst der grüne Vizekanzler erkannte das bereits und kritisierte diesen Aktionismus, da diese der Sache selbst schadet und die Bevölkerung verärgert.

Helwig Leibinger, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

TERMINE

FEBRUAR 3 **Preisschnapsen in Schardenberg**

Einladung zum **PREIS SCHNAPSEN** der FPÖ Ortsgruppe Schardenberg

Vorverkauf € 10,- Hauptpreis € 200,-

Tolle Sachpreise! Spielmodus: WETTERRÜCKEN

Fr, 3. Februar 2023
18:00 Uhr | Wirt z'Moarhof
Guttern 3, 4784 Schardenberg

Karten sind bei jedem FPÖ Gemeinderat von Schardenberg und beim Wirt z'Moarhof erhältlich.

FEBRUAR 22 **Aschermittwoch in Ried/Innkreis**

FPÖ DIE SOZIALE HERZWEITRE

MANFRED HAMBÜCHNER
FPÖ-Ortsgruppenleiter

HERBERT KICKL
FPÖ-Bundesparteiobmann

Rieder Aschermittwoch

MITTWOCH 22 FEB.

Ried im Innkreis Jahnturnhalle

Einlass: 17.30 Uhr
Beginn: 19.00 Uhr
Begrenzte Besucherzahl. Platzkarten besorgen!

Kartenbestellung:
FPÖ-Büro Ried I. Mo bis Do von 8 - 12 Uhr
07752 / 82817 - bezirk-ried@fpoe.at

PLATZKARTEN AB 2. JÄNNER

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ fährt die Wiener Spitäler an die Wand

Statt übers Gesundheitswesen debattiert Stadtregierung über Klimarettung

Auf ihrer Klausur debattierten SPÖ und Neos nicht über die orbitante Teuerung oder die Mietpreisexplosion und auch nicht über das kollabierende Gesundheitssystem, sondern über die „Klimarettung“, kritisierten Wiens Freiheitliche.

75 Gefährdungsanzeigen sind letztes Jahr von Wiener Spitalsärzten erstattet worden. Ihre Dringlichkeit zeigte sich in den letzten Wochen immer deutlicher: eine überfüllte Notaufnahme, Gangbetten, hunderte gesperrte Betten und verschobene Operationen. Der „Kurier“ zitierte dazu einen Intensivmediziner: „Noch ein Schritt, und das System kollabiert!“

Die eklatanten Personalengpässe in den Wiener Spitälern verschärfen sich dramatisch, aber die rot-pinke Stadtregierung debattiert auf ihrer Klausur lediglich über Maßnahmen zur „Klimarettung“.



Wilhelminenspital: Leiharbeiter halten den Betrieb aufrecht.

Geht Klima vor Menschenleben?

Diese Woche wurde bekannt, dass die Radiologie im Wilhelminenspital ihren Betrieb nur noch mit Leiharbeitern aufrechterhalten kann. „Diese abenteuerlichen Zustände bestätigen unsere jahrelange Kritik an der Stadtregierung und ihrem völlig unfähigen Gesundheitsstadtrat Peter Hacker“, kommentierte das Wiens FPÖ-Gesundheitssprecher Wolfgang Seidl.

„Wenn die Menschen immer kränker werden, weil Operationstermine abgesagt werden, weil sich der Mangel an Pflegekräften und Ärzten immer weiter auswächst, dann wird es bald niemanden mehr geben, den der Klimaschutz interessiert – außer SPÖ und Neos“, warnte auch Wiens FPÖ-Obmann Dominik Nepp die Stadtregierung. Er forderte sie auf, sich der wirklich drängenden Themen anzunehmen.

Institutionalisierte rote Intransparenz

„Mut kann man nicht kaufen“, erläuterte der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss in Richtung Neos bei der von den Grünen zum Thema Transparenz einberufenen Sondersitzung des Landtages letzte Woche: „Sie predigen zwar in einer eigenen Broschüre immer noch Transparenz, real wird davon aber nichts umgesetzt. Von undurchsichtigen und teils freihändigen Förderungen für Vereine bis hin zum Ausbau der Kontrollmöglichkeiten der Untersuchungskommission, der von der SPÖ die Zähne gezogen worden sind, gäbe es viel zu tun.“

Mangelnde Transparenz ortet Krauss auch bei der „roten Inse-

raten-Orgie“ in der Höhe von 32 Millionen Euro. Er erinnert daran, dass im Budget zwar nur 20,3 Millionen Euro veranschlagt worden waren, aber die SPÖ-Stadträte diese Grenze geschickt umgangen hätten, in dem sie dafür Extrageld aus den Ressorts freimachten, statt es etwa zur Entlastung der Wiener einzusetzen.

„Der Erfolg für die SPÖ: Bürgermeister Ludwig wird im besonders mit Inseraten beglückten Minderheitenmedium ‚Falter‘ zur ‚Person des Jahres‘ gekürt. Ein Skandal, wie hier mit Steuergeld der Wiener umgegangen wird, es rein zum Zweck der roten Selbstbeweihräucherung verbrannt wird!“



Krauss: Neos kapitulieren vor der Geldverschwenderpartei SPÖ.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Als ich mit der Bim ankam und ausstieg, fiel mir zuerst ein, dass dies hier ja bis vor kurzem der Dr.-Karl-Lueger-Ring war. Und dass dieser umtriebige Bürgermeister aber immerhin noch sein wenn auch beschmiertes Denkmal auf dem Lueger-Platz hat.

Vergänglichkeit

Jetzt ist es also der Universitätsring, an dem das Burgtheater steht. Und da drinnen gibt's noch den Herrn Kusej als Direktor. Aber nimmer lang.

Und dahinter, wo jetzt noch das Porträt der Frau Rendi auf den Spaziergänger blickt, wird die SPÖ nicht mehr lang residieren. Sie wird das abgewohnte Haus demnächst verlassen.

Ein Stückl weiter kam ich zum Ballhausplatz. Im Haus Nr. 2 sitzt noch ein gewisser Herr Nehammer, den Bundeskanzler spielend, bald aber abdanken müssend. Man riecht fast den hinfalligen Duft der Friedhofsblumen rund um den Amtssitz.

Wie schön, dass ich dann aber zum Minoritenplatz kam. In neuem Glanz steht da die Österreichische Nationalbibliothek und ihr Prunksaal von Fischer von Erlach. Seit dreihundert Jahren steht sie da und wird es bestimmt noch mindestens weitere dreihundert Jahre lang tun.

Man kann über die so gern zitierte Nachhaltigkeit mancher Personen ganz schön ins Sinnieren kommen.

BURGENLAND **Teurer statt billiger**

„Das von Wien abgeschautete Modell einer landeseigenen Wohnbaugesellschaft produziert, wie erwartet, nur Verluste“, kritisierte FPÖ-Landesparteiobmann Alexander Petschnig das „Pyramidenspiel auf Kosten der Allgemeinheit“ der roten Landesregierung in Sachen „leistbares Wohnen“. Denn für diese Verluste der landeseigenen Wohnbaugesellschaften darf der Steuerzahler geradestehen. Von den vollmundigen Ansagen der SPÖ, um in erster Linie Schlagzeilen zu machen, bleibe nichts übrig als die Flucht in Steuererhöhungen.

OBERÖSTERREICH **Hausärztemangel**

Um den Ärztemangel zu beheben, hat Oberösterreichs FPÖ dem Gesundheitsminister zwei Forderungen übermittelt, erklärte Landeschef Manfred M. Haimbuchner: „Das eine ist die Änderung der Quoten-Regelung bei Studienplätzen und das andere ein ‚Heimatstipendium‘, mit dem Studenten sich nach Abschluss zur Tätigkeit als Hausarzt verpflichten.“



Foto: FPÖ Oberösterreich

VORARLBERG **Sanierungsbonus**

Laut der vom Land Vorarlberg beauftragten Studie über den Wohnungsleerstand aus dem Jahr 2018 könnten zwischen 2.000 bis 4.000 Wohnungen nach größeren Renovierungen oder bei geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen leicht für den Wohnungsmarkt aktiviert werden. Als eine der Empfehlungen aus der Studie wurden daher entsprechende Maßnahmen zur Förderung der Sanierungen über den Bereich der Wohnbauförderung ausgesprochen - was die schwarz-grüne Landesregierung aber bisher nicht anzufassen wagte, kritisierte FPÖ-Landeschef Christof Bitschi: „Daher fordern wir die Landesregierung jetzt per Antrag auf, im Rahmen der Wohnhaussanierungsrichtlinie einen ‚Sanierungsbonus‘ einzuführen, um leerstehende Wohnungen zu reaktivieren und nutzbar zu machen.“

Landbauer: Mikl-Leitner muss als Landeshauptfrau zurücktreten!**Korruption, Machtmissbrauch und Manipulation am 29. Jänner brechen**

Angesichts der Machenschaften Johanna Mikl-Leitners beim ORF Niederösterreich ist für die Freiheitlichen klar: Die Landeshauptfrau ist rücktrittsreif.

„Wir Freiheitliche fordern nach dem Platzen des Interventionskandals im Landesstudio Niederösterreich den sofortigen Rücktritt von Johanna Mikl-Leitner als Landeshauptfrau. Sie steht für strukturelle Korruption, eiskalte Manipulation und skrupellosen Machtmissbrauch“, erklärte FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Landbauer: Beenden wir am 29. Jänner das „System Mikl-Leitner“.

ÖVP instrumentalisiert ORF

Mit Hilfe von „Fake News“ habe der ORF Niederösterreich – unter Anleitung der Landes-ÖVP – Mikl-Leitner mehrfach die Möglichkeit gegeben, eine Schmutzkübel-Kampagne gegen die aufstrebenden Freiheitlichen

zu starten, um den „absolutistischen schwarzen Machtanspruch“ im Land zu retten, kritisierte Udo Landbauer.

„Wer einen solchen Charakter hat, der hat nichts an der Spitze des Landes verloren. Wenn sie noch

einen Funken Anstand hat, dann nimmt sie noch vor der Wahl ihren Hut“, betonte der FPÖ-Landeschef. Er rief die Niederösterreicher und die im Landtag vertretenen Parteien dazu auf, das „System Mikl-Leitner“ am 29. Jänner zu beenden.

KÄRNTEN **Sicher leben in Kärnten**

Auf Initiative der FPÖ fand letzte Woche eine weitere Sondersitzung des Landtages zum Thema „Sicheres und leistbares Leben in Kärnten“ statt. „Wir werden dazu nicht nur in der Aktuelle Stunde mit den übrigen Parteien diskutieren, sondern mit zwei Dringlichkeitsanträgen auch konkrete Initiativen



Foto: NFZ

Darmann: SPÖ und ÖVP stimmen gegen ihre Wahlversprechen.

setzen, damit es zu Verbesserungen für die Bürger kommt“, erklärten FPÖ-Chef Erwin Angerer und Klubobmann Gernot Darmann.

Für ihr „Sicheres Kärnten“ fordert die FPÖ eine „Kärntner Polizisten-Rückholaktion“, einen Stopp der illegalen Einwanderung und eine sofortige Abschiebung von straffälligen Asylwerbern bzw. eine Aberkennung eines bereits zuerkannten Asylstatus von Straftätern. Für ein „Leistbares Leben und Wohnen“ in Kärnten forderte die FPÖ Maßnahmen gegen die Preisexplosionen wie ein Mieterentlastungspaket mit dem sofortigen Aussetzen der Steuern auf die Wohnungsmieten und Betriebskosten sowie einen Vorrang für Kärntner bei der Vergabe von geförderten Wohnungen. Außerdem forderte die FPÖ einen „fairen und günstigen Kärntner Strompreis“ auch nach der Landtagswahl.

SPÖ und ÖVP haben die Anträge zurückgewiesen.

TIROL 

Foto: NFZ

Solarstromausbau um jeden Preis?

Die bei der letztwöchigen Klausur der schwarz-roten Landesregierung erzielte Einigung zur Förderung des Ausbaus der Photovoltaikanlagen dürfe zu keiner Beeinträchtigung des Ortsbildes und des Landschaftsschutzes führen, forderte die FPÖ-Landtagsabgeordnete Evelyn Achthorner. „Es muss ja auch in den Ausbau der Stromnetz-Infrastruktur investiert werden, wofür es in vielen Seitentälern wohl zusätzliche neue Hochspannungsleitungen braucht, die dann prägend für das Landschaftsbild sein werden“, gab Achthorner zu bedenken.

SALZBURG 



Salzburgs Spitäler sind österreichweit nur führend bei den langen Wartezeiten auf Operationen.

Staatsmeister bei OP-Wartezeiten

Salzburgs Freiheitliche fordern Sanierung des Gesundheitssystems mittels einer Landtagsinitiative. Denn im österreichweiten Spitzenfeld liegt man nur bei der Länge von OP-Wartezeiten. Die medizinische Versorgung und Information befinden sich am Tiefpunkt.

„Das Gesundheitssystem in Salzburg baut weiter und weiter ab“, kommentierte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek den derzeitigen Zustand in Salzburgs Krankenhäusern.

Das stellte sie am Beispiel eines schwerst Lungenkranken dramatisch dar, der stundenlang in einem Abstellraum ausharren musste: „Vergleicht man etwa die Wartezeiten für Operationen in Österreich, liegt Salzburg dank ÖVP-Gesundheitsreferent Christian Stöckl im unrühmlichen Spitzenfeld.“

So wartet man in den SALK etwa auf eine Hüft-Totalendoprothese bzw. eine Knie-Totalendoprothese im Schnitt mehr als 20 Wochen. Während die Wartezeit für selbigen Eingriff in Wien zwölf, in Oberösterreich neun und in der Steiermark lediglich acht Wochen beträgt.

ÖVP mit Reform überfordert

Svazek kritisiert darüber hinaus, dass die Darstellung unprofessionell und intransparent ist: „Im Bundesländervergleich muss sich Salzburg eingestehen, dass man starken Nachholbedarf hat. Die OP-Wartezeiten-Übersicht ist in Salzburg eine informelle Seite, die monatlich aktualisiert und online

gestellt wird, wohingegen in anderen Bundesländern eine Suchmaske mit Detailinformationen angeboten wird.“

Leidtragende sind schlussendlich die Patienten und das medizinische Personal, das den Sparkurs der ÖVP ständig rechtfertigen muss“, zeigte sich die Freiheitliche entschlossen, im Landtag via Initiativantrag die notwendige Abhilfe zu leisten: „Die ÖVP dürfte alleine nicht im Stande sein, das kränkelnde System zu behandeln.“

Spielzeug für Kindergärten

Anlässlich des Tages der Elementarbildung am 24. Jänner unterstützten die steirischen Freiheitlichen bereits letzte Woche Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im ganzen Bundesland mit einer Spende von pädagogischen Spielmaterialien.

Der Leobner FPÖ-Bezirksparteiobmann und Sozialsprecher im Landtag, Marco Triller, etwa übergab, unterstützt von den Ortsparteien, den Kindergärten in Niklasdorf und Kalwang jeweils eine große Spielzeug-Schachtel. Dies

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg



LÄNDER-SACHE

Foto: FPÖ Salzburg

Du worst dir söbst ned mehr treu, host amoi schau woin, was geht. Donn foische Wege eingeschlogn und oistas checkt host, wors zspät.

So isses eigentlich eindeutig und natürlich volla Zweifel. Oba in Woehrheit is valogn und a bissl kompliziert...

Zum Mitsingen

Du sogst, du konnst ned alla, dir wor donn wichtig, wenst kennst auf ana Stodtautobahn, die an auf ochzg owabremst.

Und wennst auf amoi näher hinschaust, sigst, dasst prinzipiell weit weg bist. A wennst ma oft kan Grund zu bleim gibst, wü i nie weg vo dir.

I hob nie gsogt, was du hean wüst, na, i wor ehrlich zu dir. Dann oba gseng, dass' nix hüft, du woitst dei Gsicht ned verliern.

Heroisch kämpft für dei Freiheit, und gsogt, i schränk di ned ei.

Den Brocken Stoiz obigschluckt, dann homma zomm a vü great, so wia a Bauer im Pinzgau si übern Woifsriss beschwert.

Wei was ma liebt, losst ma leb'n, und wost ned mochst, wirst be-rein.

Und es wird schworz und immer schwärzer, I dafür unterkühlt und stärker!

Jo zerst host glocht über mi jetzt wirts da langsam a kloa, du wüst ned des, was es is, na du wüst, was friara wo!

Jo donn hots richtig ongfangan, und immer dunkla is wuan. Deine Freind host verrottn, vü Ideale san gstoam.

Ka Gewoit, de mi hoit, die mir sogt, dass i soit, du bist des, was ma gfoit. du bist des, was i woit.

Und die eigenen Leit hom di nix mehr gscheat. Gleich wia da Heilige Geist, der jetzt an Teifi verehrt.

Wos si sogn, losst mi koit. lossas redn, nie bereut, dass du des bist, was ma gfoit, dass du des bist, was i immer, und immer und immer immer wieder woit!

STEIERMARK 



Foto: FPÖ Steiermark

sei als Unterstützung für die elementarpädagogischen Einrichtungen gedacht, die derzeit mit sehr beschränkten finanziellen Mitteln auskommen müssten.

„Mit dieser Aktion wollen wir dem Personal einen großen Dank aussprechen und auf die Wichtigkeit ihrer Arbeit in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen aufmerksam machen“, betonte Triller. Denn es werde immer schwieriger, ausgebildetes Personal wegen der nicht zufriedenstellenden Arbeitsbedingungen zu finden.

Triller (l.) fordert mehr Engagement der Politik für die Kindergärten.

GEZWITSCHER



Harald Vilimsky

@vilimsky

Oligarch zahlte der Präsidentin des Europäischen Parlaments den Aufenthalt beim WEF 2022. Das „vergisst“ man dann als oberste Korruptionsaufklärerin zu melden. Was für eine Blase!

21. Jan. 2023 07:52

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken. Wieso sollte das im Europaparlament anders sein.

Heimo Lepuschitz

@heimolepuschitz

Die 104 PR-Mitarbeiter von Bundeskanzler Nehammer werden hier gerade von Journalisten lautstark kritisiert. Die 127 PR-Mitarbeiter von Bürgermeister Ludwig im PID, exklusive Pressesprecher sind bei denselben nie Thema. Wie kann man sich das bloß erklären?

21. Jan. 2023 10:46

Vielleicht mit den zig Inseratenmillionen der Stadt Wien?

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

20. Jänner 2023

Am Mittwoch war ich zu Gast in der ORF-ZIB2 und diskutierte mit Armin Wolf über die aktuellen politischen Themen.



5.198 Personen gefällt das.

Schon auffällig, dass die alles bestimmende Teuerungswelle kein Thema für Herrn Wolf war.

ORF Niederösterreich agiert als „Dirty Campaigning Tool“ der ÖVP

Untersuchungskommission muss Ergebnisse vor dem Wahltag liefern

ORF will Ergebnis der Untersuchungen über die seit Wochen bekannten Vorwürfe der Parteinahme erst nach der Landtagswahl bekannt geben.

„Die jüngsten Entwicklungen rund um das Landesstudio runden ein Sittenbild ab und zeigen, dass der ORF Niederösterreich als verlängerte Pressestelle der ÖVP Niederösterreich und als dessen als ‚Dirty Campaigning Tool‘ eingespannt wurde“, zog FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker Bilanz über die bisherigen ORF-internen Vorwürfe gegen den Direktor des Landesstudio Niederösterreich.

ORF im Dienste der ÖVP

Hafenecker wies auf die Gemeinsamkeiten zwischen der ÖVP Niederösterreich und dem dortigen



Landesstudio hin: „Beide stecken in einer Dauerkrise, beide liegen Steuerzahlern schwer auf der Tasche, beide haben keine Fehlerkultur, beide schädigen den Ruf ihrer Branche, und bei beiden gibt es nach Skandalen keine personellen Konsequenzen oder strukturelle Reformen.“

Es sei bezeichnend, dass 83 Prozent der Mitarbeiter dem ORF-Landesdirektor Ziegler das Misstrau-

en ausgesprochen haben. Und es müsse nun rasch zu Konsequenzen kommen, forderte Hafenecker. „Das angekündigte Zurückhalten der Ergebnisse über den 29. Jänner hinaus wäre nichts anderes als ein Beitrag zu Vertuschungsstrategie und Machterhalt der ÖVP. Dann würde aus der Untersuchung eine ORF-Vertuschungskommission“, kritisierte der FPÖ-Mediensprecher die „Aufarbeitung“ des ORF.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Wenn es hart auf hart geht, geht der ÖVP-Kanzler gerne auf Reisen, um sich ein Bild von dem zu machen, was er zu Hause versäumt hat zu tun. So berichtet die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ von dessen jüngsten Ausflug in Sachen



„Grenzschutz“ nach Bulgarien, wenig Tage vor der niederösterreichischen Landtagswahl und zitiert die FPÖ-Kritik an Nehammers Ausflug: Ein Kaschieren des eigenen Versagens.

Ein immer größeres Problem im Straßenverkehr stellen Lenker unter Drogeneinfluss dar. In Oberösterreich wurden letztes Jahr 1.800 Drogenlenker aus dem Verkehr gezogen. Recht-

liche Folgen gibt es nur, wenn ein Amtsarzt den Drogenkonsum feststellt, kritisiert, FPÖ-Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner. Er fordert eine Gesetzesnovellierung, die seit 2019, dem Ausscheiden der FPÖ aus der Koalition, im Innenministerium vorliegt.



GIBBÄRS TV-NOTIZ

wie dem ORF oberlehrerhaft den Österreichern als zu verinnerlichende Vorbilder hingestellt werden.

Jenes Dutzend Klima-Chaoten über jene zigtausenden Bürger zu erheben, die gegen die Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte über die Corona-Maßnah-

men demonstrierten, passt in dieses Umerziehungsschema des ORF. Da wurde sogar vor Diffamierungen der Corona-Demonstranten als „Prügeltruppe“ nicht zurückgeschreckt, obwohl linke Gegendemonstranten die Konfrontation mit der Polizei gesucht hatten. Aber „Fake News“ sind, wenn der ORF sie bringt, dann doch Fakten.

In das Schema passte dann auch die Interpretation des FPÖ-Wahl-spruchs „Festung Österreich“ durch den „ZIB2“-Moderator: Der konnte sich darunter nur – bildlich ausgedrückt – eine über das ganze Bundesgebiet ausgedehnte Burg Hochosterwitz vorstellen. Dafür will der ORF noch mehr Geld?

Psychologie um einen Fuchs

„Der Fuchs“ – ein atemberaubender österreichischer Film

In einem armseligen Bergbauernhaus bei Saalfelden wächst ein Bub namens Franz Streitberger auf. Eindrucksvoll zeigt der Film die Trostlosigkeit dieses Lebens, man ist von den düsteren Bildern gefangen. Untertitel vermitteln dem Dialekt-Unkundigen die wenigen Worte, die der Vater, von Karl Markovics mitreißend gespielt, mit seinem Sohn spricht.

Beklemmend die Szene, als Franz von einem reichen Bauern geholt wird, aus seiner schrecklichen Lage flüchtend das Elternhaus erreicht, wo ihm die Mutter die Tür vor der Nase zuschlägt, bis der Bub, vor Verzweiflung schreiend, dem nunmehrigen Stiefvater, der ihn davonträgt, mit den Fäusten auf den Rücken trommelt. Das Trauma wird ihn sein Leben lang nicht verlassen.

Auf dem neuen Hof wird Franz Knecht. Am Kapitelplatz von Salzburg läßt er sich zehn Jahre später zum Heer anwerben, der Umsturz steht unmittelbar bevor.

Der wortkarge, introvertierte junge Mann findet wenig Kontakt zu seinen Kameraden. Stumm

nimmt er die Befehle der teilweise reichsdeutschen Vorgesetzten entgegen, wo es nur möglich ist, sucht er die Natur, den Wald, auf.

Krieg damals und jetzt

Der ohnehin nur in wenigen Szenen gezeigte Krieg, der nun ausbricht, findet den aktuellen Zuschauer im Entsetzen über den vor unserer Haustür gerade wütenden Krieg vor. Er geht einem nicht aus dem Kopf, Soldatenlieder, von rauhen Kehlen gesungen, muntern gar nicht auf.

Und als Franz einen kleinen verwundeten Fuchs, den er im Wald findet, unter seine Fittiche nimmt, bangt man im Publikum jede Sekunde um das Schicksal dieses Tieres. Franz, der Motorradkurier geworden ist, versteckt das Fuchslain aber gekonnt.

Der kleine Fuchs gewöhnt sich an den behutsamen Menschen Franz, wo's geht, tollt er mit ihm durch den Wald.

Berührend ist die Szene, in der Franz seinen Schützling vor den Gewehrshüssen einer Französin bewahrt und ihr anschließend ihre

Waffe, die er ihr entrissen hat, zurückgibt. Gegen die aufkeimende Liebe zu der Frau wehrt sich Franz erfolgreich, und wieder sieht er sich und seinen Fuchs im Kampfgeschehen.

Ein Weggang ohne Hoffnung

Als nach dem Sieg über die Franzosen die Soldaten in Richtung Rußland aufbrechen, wo sie nach der Prophezeiung eines Hauptmanns „Heiligabend in Moskau feiern“ werden, muss Franz nicht nur ans Desertieren, sondern vor allem an Abschied von seinem pelzigen Freund denken. Der Fuchs, der dem davonfahrenden Auto, in dem Franz sitzt, lange nachläuft, bleibt schließlich ermattet zurück.



Foto: Lotus Film

Dass der Film von Adrian Goiginger einer wahren Geschichte über dessen Urgroßvater entspringt, ist geradezu unglaublich.

Goiginger ist es mit Hilfe des großartigen Simon Morzé, der Kunst von Tierdressuren und einer großen Portion Empfindsamkeit gelungen, die Vorgänge in Szene zu setzen.

Ich habe übrigens mit Begeisterung zur Kenntnis genommen, dass auch ein Fuchs ein wundervolles Katzenschnurren zuwebringt.

Herbert Pirker

FPÖ Kematzen bestätigt Ortsobmann Kronsteiner

Beim Ortsparteitag der Freiheitlichen im oberösterreichischen Kematzen/Innbach wurde der langjährige Ortsparteiobmann Bernhard Kronsteiner (r.) einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter steht ihm Gerald Ernst unterstützend zur Seite. Weitere Mitglieder der Ortsparteileitung sind Monika Wimmer, Silvia Kronsteiner, Stefanie

Mössenböck und Petra Kugler. Bezirksparteiobmann Wolfgang Klinger (l.) gratulierte Kronsteiner zur Wiederwahl und bedankte sich bei allen Mitgliedern der Ortsparteileitung: „Ich gratuliere dem Obmann zu seiner starken Truppe, die sich im Gemeinderat hervorragend einbringt und das gesellschaftliche Leben in Kematzen prägt.“



Foto: FPÖ, Gesehichen/Ernst

Die sieben Finten der Fortuna

Das Lotto Jahr 2022 zerlegt: Was es mit der 2, der 9 und der 37 sowie den 40er- und den Primzahlen auf sich hatte

„Wir starten nun die Ziehung“ hieß es im Vorjahr insgesamt 114-mal, und dann rollten insgesamt 684 Lotto Kugeln aus dem Ziehungsrichter, die 114 verschiedene Sechser-Kombinationen ergaben. Und dabei ist aufgefallen, dass: die 37 die am häufigsten gezogene Zahl war; sie war 26-mal Teil der „sechs Richtigen“; die 9 mit acht Ziehungen am wenigsten oft kam; die Dreißiger- und Vierziger-Zahlen top waren: Jede Zahl aus diesen Bereichen wurde im Schnitt 16,5-mal gezogen; die Einer-Zahlen mit einer durchschnittlichen Ziehungshäufigkeit von 12,8 das Schlusslicht bildeten.

Glücksgöttin Fortuna ließ sich ja so manches einfallen, um das Lotto Jahr abwechslungsreich zu gestalten. Sieben Kunstkniffe sind da besonders aufgefallen: Am 13. November bestanden die „sechs Richtigen“ – erstmals in der Lotto Geschichte – ausschließlich aus Primzahlen. Die Vorliebe für die Zahl 2 war Ende Oktober/Anfang November besonders groß: Sie wurde gleich viermal hintereinander gezogen. Die Zahl 33 war zu Jahresbeginn das Stiefkind: Sie wurde 40 Runden lang nicht gezogen, ehe sie am 9. März erstmals nach Ende Oktober des Vorjahres wieder gezogen wurde. Am 14. und am 21. August bildeten ausschließlich gerade Zahlen die „sechs Richtigen“. Am 6. April wurde mit 41, 42, 43 und 44 der einzige Vierling des Jahres gezogen. Am 23. März rollten drei Zahlen aus dem Trichter, die auch schon bei der Ziehung zuvor gezogen wurden. Am 9. März bestanden die „sechs Richtigen“ ausschließlich aus den Ziffern 1, 2, 3 und 4. „Alle neuere“ hieß es schließlich in der Bundesländer-Millionärs-Bilanz, denn von den 36 Lotto Millionären kam zumindest einer aus jedem Bundesland.



Foto: Gettyimages

Mit Rubbellos auf Schatzsuche bei den Pyramiden

Neue Rubbellose mit der Chance auf bis zu 250.000 Euro

„Schatz der Pyramide“ und „Schatz der Pyramide deluxe“ heißen die neuen Rubbellose der Österreichischen Lotterien, und mit ihnen warten Hauptgewinne in Höhe von 100.000 bzw. 250.000 Euro in den Annahmestellen auf Gewinner:innen. Beide Lose bieten jeweils drei klassische Gewinnchancen: Rubbelt man pro Spiel dreimal den gleichen Betrag frei, hat man diesen einmal gewonnen. Eine Extra-Chance bringt das Bonuspiel bei der deluxe-Variante des Loses. Findet man dreimal das Pharao-Symbol, hat man 10 Euro gewonnen, bei drei Pyramiden-Symbolen 5 Euro. Pro Los kann man drei- bzw. viermal gewinnen.

„Schatz der Pyramide“ wird mit einer Auflage von 1 Mio. Losen produziert, die Ausschüttungsquote liegt bei 59%, die Chance auf einen Gewinn bei 1:2,82. Das Los kostet 5 Euro. Die Serie „Schatz der Pyramide deluxe“ besteht aus 600.000 Losen. Hier liegt die Ausschüttung bei 63%, die Gewinnchance bei 1:2,21. Das Los ist zu einem Betrag von 10 Euro in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich.





EINLADUNG ZUM **WAHLFINALE**

FREITAG, 27. JÄNNER 2023

mit **Herbert KICKL** FPÖ-Bundesparteibmann,
Udo LANDBAUER, MA FPÖ-Spitzenkandidat
& **Michael SCHNEDLITZ** Generalsekretär

KLANGTURM

Landhausplatz 1 · 3109 St. Pölten

Beginn: 15.00 Uhr

Live Musik: *Die Partygeier*

Reden ab: 16.00 Uhr



FPÖ | UDO LANDBAUER

Besser für Niederösterreich



Politische Bildung aktuell

fbi-politikschule.at

Partei

Parlament

Publikationen

Seminare

Veranstaltungen

Handbuch der Kommunalpolitik

Das Handbuch der Kommunalpolitik ist ein Leitfaden für die politische Praxis auf kommunaler Ebene. Es soll Menschen, die sich der Kommunalpolitik verschreiben, dabei helfen, ihre ehren- oder hauptamtlichen Aufgaben möglichst erfolgreich zu erfüllen. In zehn bündigen praxisorientierten, didaktisch aufbereiteten Einzelbänden widmet es sich den großen Themen der Kommunalpolitik.

Band 9: Die Ortsgruppenzeitung

Band neun des Handbuchs für Kommunalpolitik befasst sich mit der Erstellung einer gern gelesenen Ortsgruppenzeitung, die einerseits jede Altersgruppe anspricht und andererseits dem Trend gerecht wird, dass von „Bildschirmarbeitern“ gerne wieder privat zur Papierzeitung gegriffen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Parteizeitung gelesen wird, wo fast noch „jeder jeden kennt“, ist relativ groß. Die Leute sind neugierig, was ihnen bekannte Politiker und die Parteien so tun und schreiben, schauen Fotos an und freuen sich, bekannte Gesichter zu sehen, und am Stammtisch über gut gemachte Artikel zu diskutieren. Deshalb geht es in diesem Band um Inhalte, Layout, Planung, Texterstellung und Bild Darstellungen, Presserecht und Zeitungsfinanzierung.

Das Handbuch ist von Praktikern für Praktiker geschrieben und zeichnet sich unter anderem durch anwendungsorientierte Checklisten und effektive Tipps aus.

GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien | Per E-Mail: fbi_buchbestellung@fpoe.at oder telefonisch unter +43 512 35 35 - 39
www.fbi-politikschule.at/publikationen/buecher-und-broschueren

Informationen zu Buchbestellungen und Datenschutz finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.



[Freiheitliches Bildungsinstitut](https://www.facebook.com/freiheitlichesbildungsinstitut)